

## Eine Regierungserklärung zum Nachdenken

Erstmals seit 1966 – dem Ende der Großen Koalition – wurde dem Nationalrat am 31. Mai d. J. wiederum ein Koalitionskabinetts – und zwar zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik das einer „Kleinen“ – vorgestellt! „Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Sinowatz ist von der SPÖ-Handschrift geprägt... Auch eine SPÖ-Alleinregierung hätte 90 bis 95 % dieser Regierungserklärung übernehmen können“ – schrieb bald darauf ein sozialistischer Journalist.

Sie sei „ohne Visionen“, in den brennenden Sachbereichen wie besonders Wirtschaft, Sozialpolitik und Budgetsanierung „zu vage“, „weder frei von Illusionen noch vollständig“, und vor allem leide sie „unter Wertdefiziten“ – lauteten die Urteile anderer Polit-Redakteure. Wobei die letzte Aussage auf ein interessantes Experiment zurückgeht: Mitarbeiter des Instituts für Publizistik an der Universität Wien verglichen mit Computerhilfe und einem ausgefüllten System die Erklärung der ersten SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky im Jahre 1970 mit der jetzigen.

So originell, ja vielleicht bahnbrechend dieser Versuch auch sein mag, scheint er doch geeignet, auf einen gefährlichen Abweg zu führen. Dem Bestreben der Geistes- und insbesondere Sozialwissenschaften, sich mit Hilfe statistischer Methoden einen verstärkten Anstrich von „Exaktheit“ zu verschaffen, sind nämlich verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Aus der Tatsache beispielsweise, daß sich in einer Regierungserklärung zahlenmäßig öfter Formulierungen finden, aus denen der Wille hervorleuchtet, „das Gesellschaftsbewußtsein zu verändern“, darf man sicher nicht ohne weiteres schließen, daß dieses Ziel für das betreffende Kabinetts wirklich von größerer Bedeutung war als für ein anderes, das solche Worte weniger häufig gebraucht. Es kommt ja nicht nur auf die Quantität, sondern vor allem auf die Qualität der Wortwahl, ja unter Umständen sogar auf die Betonung an, die den einzelnen Themen einer Regierungserklärung gewidmet wurden. Und in dieser Hinsicht liegt das Wertdefizit beim Computer, der eben nur addieren und nicht qualifizieren kann.

### Trendwende in der Politik

Als Dr. Kreisky die erste SPÖ-Alleinregierung bildete, lag der Schwerpunkt seiner Regierungserklärung umfangmäßig auf Wirtschaftsfragen, dann folgten Außenpolitik, Recht, Demokratie und politisches System sowie der Sozialbereich. Ein Vergleich mit 1983 signalisiert eine Abnahme

sowohl des Umfanges dieser Themen als auch eine Tendenzverlagerung.

Bezüglich der **Wirtschaft** ging es Dr. Kreisky seinerzeit vor allem um Wachstum; im Gegensatz dazu kommt bei Dr. Sinowatz der Wachstumsbegriff nur selten vor, wogegen die Beschäftigungspolitik zum Schwerpunkt wird. Gerade hier zeigt sich aber auch ein interessanter sprachlicher Unterschied: Während Dr. Kreisky fast immer von der „Sicherung der Vollbeschäftigung“ sprechen konnte, fehlt diese Formulierung bei Dr. Sinowatz völlig und wird durch die Wendung „Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus“ ersetzt.

Im Bereich der **Außenpolitik** versprach Dr. Kreisky, Österreich internationale Geltung zu verschaffen; Dr. Sinowatz baut auf dem Erreichten auf und möchte es gewissermaßen sichern. Er stellt die Fragen der Außenpolitik jedoch entgegen der alphabetischen Reihenfolge der Ressorts eher an den Schluß seiner Erklärung und baut gleichzeitig die Problematik der Abrüstung sowie der Friedensbewegungen mit ein.

Hinter der Außenpolitik – offenbar als eine „Beziehung nach außen“ angesehen – rangiert praktisch nur mehr die **katholische Kirche**, allerdings höchst aktuell mit Bezugnahme auf den Katholikentag und der Beteuerung, die Bundesregierung begrüße den Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche „außerordentlich“. Gleichzeitig wird die Gelegenheit benützt, „um gegenüber allen Religionsgemeinschaften im Lande unseren Respekt zum Ausdruck zu bringen und deren Bedeutung in der Gesellschaft zu würdigen“.

Im besonders sensiblen Bereich der **Sozialpolitik** strebt Sinowatz „eine umfassende Reform der Sozialversicherung“ an, um „ein gerechtes Leistungssystem“ zu gewährleisten – will dazu aber die Sozialpartner hören; Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung werden als Problem hervorgestrichen – doch sollen zunächst die Beschlüsse des ÖGB-Bundeskongresses abgewartet werden; die Finanzierung der Familienförderung gelte es zu sichern – das „Wie“ bleibt aber offen.

Am bezeichnendsten für die „Trendwende“ scheinen aber folgende Feststellungen, in denen man sich auf den Computer verlassen kann: Die Regierung Kreisky richtete rund 56 % aller Handlungsaufforderungen an die eigene Adresse; in der Regierungserklärung Sinowatz aber sind es sogar 67 %. Umgekehrt wurde von der Regierung Kreisky zu 40 % an politische Institutionen und gesellschaftliche Gruppen

appelliert, bei der Verwirklichung der Ziele der Regierungspolitik mitzumachen; demgegenüber erfolgen solche Aufforderungen – man könnte überspitzt auch sagen, Verlagerungen von Verantwortung – bei Sinowatz nur mehr zu 11 %.

Auch die **Gewichtung von Werten** durch die beiden Kanzler fällt unterschiedlich aus: Beide messen zwar der Gerechtigkeit größte Bedeutung bei, doch folgten bei Dr. Kreisky Verantwortung, Selbstverwirklichung, Partizipation und Gleichheit; Dr. Sinowatz hingegen reiht weiter Kooperation, Verständnis, Sparsamkeit und Sicherheit.

### Sach- und Koalitionswänge

Bei allen Vergleichen zwischen den Regierungserklärungen Dr. Kreiskys und der des jetzigen Bundeskanzlers Dr. Sinowatz darf man freilich nicht außer acht lassen, daß es sich eben um Erklärungen der gesamten Regierung und keinesfalls des jeweiligen Kanzlers alleine handelt. Dazu kommt noch, daß bei der Alleinregierung einer Partei der Einfluß des Bundeskanzlers viel größer sein kann als bei einer Koalitionsregierung, in der schon die grundsätzlichen Einstellungen und Ziele der Kabinettsmitglieder nicht dieselben sind.

So gesehen sind also bestimmt nicht alle Änderungen von Kreisky zu Sinowatz letzterem allein anrechenbar. Des weiteren dürften manche „Füllsätze“ und vor allem der auf weiten Strecken praktizierte vage Stil der letzten Regierungserklärung darauf zurückzuführen sein, daß sich das Kabinetts Sinowatz I fast durchwegs aus Neulingen zusammensetzt, was nicht nur auf die Minister des kleinen Koalitionspartners zutrifft, sondern größtenteils auch auf die sozialistischen Kabinettsmitglieder. Es fehlt einfach an Regierungserfahrung...

Und schließlich sind in „Zeiten wie diesen“ die Sachwänge besonders groß. Man kann sogar ohne Übertreibung die Frage aufwerfen, ob die Erklärung einer ÖVP-Regierung um sehr vieles anders lauten hätte können. Umso mehr verdienen jene Ausführungen Interesse, die man allem Anschein nach dem neuen Bundeskanzler selbst zuschreiben darf.

### Moralische Wiederaufrüstung?

Was in der politischen Berichterstattung bisher zu wenig hervorgehoben wurde und gerade Christen besonders interessieren sollte, sind Passagen wie folgende: „Wohlfahrt und Wohlstand haben sich in Österreich in einem sehr beachtlichen Maße erhöht. Aber gleichzeitig wollen sich viele junge Menschen damit nicht zufrieden ge-

ben; sie suchen nach neuen Lebensqualitäten, neuen Werten, neuen Lebensformen. Die soziale Entwicklung und der technische Fortschritt haben die Bewältigung des Lebens in Beruf und Alltag sehr erleichtert. Aber unverkennbar damit verbunden ist eine beängstigende Belastung der Umwelt und eine beklemmende Gefährdung des Lebensraumes. Das alles bringt neue gesellschaftliche und politische Tatbestände mit sich; es führt aber auch zu einer starken Polarisierung im Denken der Generationen, und das wieder verführt zu einem einseitigen, eindimensionalen Engagement.

Ich weiß schon, das ist alles sehr kompliziert, so wie diese Welt, in der wir leben, und die Gesellschaft, in der wir uns entfalten wollen. Haben wir daher den Mut, mehr als bisher auf diese Kompliziertheit hinzuweisen; zuzugeben, daß es perfekte Lösungen für alles und für jedes in einer pluralistischen Demokratie nicht geben kann. Helfen wir mit, daß die simplen Denkmuster in der Politik überwunden werden können und daß wir die notwendige Auseinandersetzung für einen demokrati-

schen Willensbildungsprozeß ohne Herabwürdigung der Politik führen."

Das sind Worte, die man von der Regierungsbank des Hohen Hauses schon lange nicht gehört hat! Bundeskanzler Dr. Sinowatz schloß seine Regierungserklärung mit der Feststellung: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß nicht alles durch Politik machbar ist. Vieles wird schwer sein, manches sogar sehr schwer oder unmöglich; aber wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wird letzten Endes sehr viel lösbar sein und nur wenig unlösbar bleiben.“

Was Sinowatz vom Standpunkt christlicher Weltanschauung nicht sagt: Gerade das, was durch Politik nicht (mehr) machbar ist, müßte durch eine Wiedererstarkung religiösen und moralischen Bewußtseins im öffentlichen Leben zu bewältigen versucht werden! Die Älteren von uns erinnern sich vielleicht an die nach dem Zweiten Weltkrieg weit verbreitete Bewegung zur „Moralischen Aufrüstung“, die ihr Zentrum in Caux, einem Schweizer Schloß am Genfer See, hatte. Ihr Gründer, der evangelische Theologe Buchman (1878 bis 1961), wollte

die Menschen – ungeachtet ihrer Religionen, Rassen und Parteien – gegen Atheismus und Materialismus mobilisieren sowie durch sittliche Änderung den Weltfrieden sichern.

Der neue Bundeskanzler scheint sich als Freimaurer ähnlichen Idealen verpflichtet zu fühlen. Das hat zwar wenig mit Christentum, das wesensgemäß über einen rein innerweltlichen Humanismus hinausreicht, und schon gar nichts mit einer dogmatischen Kirchlichkeit zu tun; aber wir sollten ihm trotzdem in dieser Hinsicht eine faire Chance geben – eine Chance, die letztlich auch der gesamten österreichischen Politik zugute kommen könnte, indem sie wenigstens ihre Grenzen und damit auch wieder ihre Angewiesenheit auf Religion und Moral, Engagement und Idealismus erkennt.

Die Autorin, **Edith Riether**, ist akademisch geprüfte Übersetzerin und im Verwaltungsdienst des Parlaments als Übersetzerin und Dolmetscherin tätig.

# Bürokratie für den Menschen?

Der Staatsbürger fühlt sich heute oft einer für ihn anonymen Macht („Staat“) oder deren Organen („Bürokratie“) ausgeliefert. Er sieht sich in seiner Freiheit beschränkt und fühlt sich verwaltet. Ein Gefühl der Ohnmacht gegen den „Staat“ oder die „Bürokratie“ überkommt ihn. Es scheint ihm, daß der Staat immer mehr Aufgaben an sich zieht und dadurch seine Macht immer größer wird.

## Bürokratie ist notwendig

Bürokratie als gegliederter Apparat der Verwaltung gibt es nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch im privaten. Wirtschaftsunternehmen verfügen ebenfalls über einen Verwaltungsapparat, der mit zunehmender Unternehmensgröße auch immer größer wird. So verfügt auch der Staat über Organe, um seine Ziele zu erreichen.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollte der Staat sich nur darauf beschränken, eine den wirtschaftlichen Kräften günstige Atmosphäre zu schaffen, die Grundrechte seiner Bürger zu garantieren, ansonsten aber die Gesellschaft einem natürlichen Ausleseprozeß zu unterwerfen („Nachtwächterstaat“). Dem Staat kam also nur eine gewisse Schutzfunktion zu (Außen- und Verteidigungspolitik, Polizei, aber auch Finanz- und Steuerhoheit). Im Laufe der Zeit mußte der Staat aber auch gewisse Dienstleistungsfunktionen übernehmen (Infrastruktureinrichtungen wie Verkehr, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialvorsorge), aber teilweise auch Unternehmerfunktionen (öffentliche Versorgungsbetriebe).

## Wesen der staatlichen Bürokratie

Die Grundlagen der staatlichen Verwaltung in Österreich sind die Gesetze. Jede staatliche Tätigkeit ist an Gesetze gebunden. M. Weber stellt als wichtigste Kennzeichen einer modernen „sachrationalen“ Bürokratie u. a. folgende Punkte heraus:

- ein kontinuierlicher, an Regeln gebundener Amtsbetrieb,

- strenge Kompetenzabgrenzung,
- festgefügte Amtshierarchie, deren Organisationsprinzip das Verhältnis von Befehl und Gehorsam ist (Weisungsrecht durch übergeordnete Organe),
- spezielle fachliche Ausbildung,
- der Beamte übt seinen Beruf hauptberuflich aus (Berufsbeamtentum),
- eine streng vorgezeichnete Laufbahn determiniert seine Aufstiegschancen (Laufbahnprinzip),
- Aktenmäßigkeit der Verwaltung,
- Amtsverschwiegenheit,
- die Autorität haftet am Amt, nicht an der Person,
- Beamte werden von oben ernannt und nicht gewählt.

All diese Merkmale schränken den Handlungsspielraum des Beamten ein. Dies ist auch häufig der Anlaß, um von einer Unmenschlichkeit und Starrheit der Bürokratie zu sprechen.

## „Zu viel Staat“

Wie bereits erwähnt, nehmen die Aufgaben des Staates eher zu als ab. Der Staat soll Aufgaben übernehmen, für die sich kein privatwirtschaftlich organisierter Betrieb bereithalten würde (z. B. Verkehrsbetriebe). Der Staat muß Neben- und Folgeprobleme der Produktionsprozesse in der Wirtschaft beseitigen helfen (Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge). Er soll die für die Produktion notwendigen Infrastrukturen bereitstellen (Verkehr, Ausbildung, Kommunikation). Er soll den Strukturwandel in der Gesellschaft organisieren und Anpassungsschwierigkeiten reduzieren.

Von verschiedenen Seiten, die ein weniger an „Staat“ fordern, wird zwar die Übernahme dieser Aufgaben durch den Staat begrüßt, da dies zu ihrem Vorteil ist, aber gleichzeitig der Abbau staatlicher Leistungen bei anderen Gesellschaftsgruppen gewünscht (z. B. Einschränkung der Sozialvorsorge bei Arbeitnehmern).

Es wird daher schwierig und nur im Einzelfall zu entscheiden sein, welche Auf-

gaben der Staat übernehmen soll und welche der Selbstverwaltung der Betroffenen anvertraut und dezentralisiert im privaten Bereich erfüllt werden können.

Eine weitere Gefahr der zunehmenden Bürokratisierung bedeutet das „Sachverstandsmonopol“ der Beamten. Nur mehr wenige Beamte (Hochbürokratie) haben den Ein- und Überblick über die komplexen Bereiche der Verwaltung. Der verantwortliche Politiker ist ihnen ausgeliefert, es besteht eine faktische Abhängigkeit des Politikers vom Beamten („technokratische Abhängigkeit“). Die Beamten gewinnen somit eine Macht und Verantwortung, die eigentlich dem gewählten Politiker zusteht. Es erfolgt so eine Verflechtung des Staatsapparates mit der Politik.

## Ausblick

Was läßt sich verbessern, damit die Einstellung der Bevölkerung zur Bürokratie sich ändert, daß Einschätzungen von Beamten wie Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Lebensfremdheit, Amtskapellmentalität verschwinden?

Maßnahmen einer Verwaltungsreform müßten u. a. folgendes berücksichtigen:

- Vereinfachung der Verfahrensweisen, wenn möglich unter Einsatz von EDV,
- verstärkte Öffentlichkeit und Transparenz der Verwaltung,
- Möglichkeiten der Kontrolle durch gewählte Mandatäre (direkte Befragung der Beamten durch das Parlament),
- bessere Begründung von Entscheidungen,
- Mitwirkung und Einsichtnahme bei Entscheidungen (Demokratisierung der Verwaltung),
- Dezentralisation von Verwaltungsaufgaben.

Gerade die aktuellen budgetären Beschränkungen könnten Anlaß sein, häufig günstigere, demokratischere Modelle gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung zu erproben.

A. K.

## „Die Grüne Ecke“

Der Arbeitskreis Ökologie des Sozialreferates im Pastoralamt der Diözese Linz hat sich – neben 30 anderen Gruppierungen – aus sozialethischer Verantwortung für die kommenden Generationen der Initiative für einen „Nationalpark Hintergebirge“ angeschlossen. Worum geht es im Reichraminger Hintergebirge eigentlich? Den folgenden Beitrag hat Dipl.-Ing. Friedrich Witzany verfaßt.

## Reichraminger Hintergebirge – Meilenstein für die Energiepolitik

Die heftige Diskussion um das Donaukraftwerk Hainburg verdeutlicht den Bewußtseinswandel in weiten Teilen der Bevölkerung, wenn es darum geht, ob die eher zufällig und wahllos verbliebenen Naturreservate erhalten oder einem fragwürdig gewordenen Fortschritt noch geopfert werden sollen.

Unter den Schlagworten „Rückzug aus dem Öl“ und „Kampf dem sauren Regen“ als besonders umweltfreundlich herausgestrichen, steht nunmehr auch die Wasserkraft im Kreuzfeuer der Kritik.

Oberösterreich hat ein typisches Beispiel für diese Entwicklung, nämlich das Reichraminger Hintergebirge: Den Speicherprojekten der Ennskraftwerke und der dadurch von den betroffenen Gemeinden anfangs erhofften Begünstigung der Region, seien es neue Straßen, Einrichtungen für den Fremdenverkehr, Steuereinnahmen oder kurzfristige Arbeitsplätze, steht der Vorschlag der Naturschützer gegenüber, ein so großes, geschlossenes und beinahe unberührtes Gebiet zum Nationalpark zu erklären.

Dieser Alternativvorschlag mag fürs erste naiv klingen. Bei näherer Durch-

leuchtung wird aber sehr bald klar, daß ein Nationalpark – er ist als ein zukunftssträchtiges Dienstleistungsunternehmen zu verstehen – der Region langfristig mehr bringen würde als zwei Speicherseen mit bis zu 40 m schwankendem Wasserspiegel. Daß das Gebiet absolut schutzwürdig ist, beweisen die amtlich weit fortgeschrittenen Planungen für das umfangreiche Naturschutzgebiet „Totes Gebirge – Ost“.

Wenn man dem üblichen Tourismus und Naturkonsum das Wort reden wollte, könnte man sich ein Nebeneinander von Kraftwerken und Nationalpark vorstellen. Die Ennskraftwerke sind von dieser Symbiose sehr angetan.

Was aber sucht heute der erholungsbedürftige Mensch? Wohin geht der Trend?

- Hektischer Wirbel oder Einsamkeit und Stille?
- Stauseestrand mit Schlammkrause oder das individuelle Platzerl am Wasser?
- Erlebnisraum oder „geplantes Grün“?

- Körperliche Betätigung oder faules Dahindösen?
- Spitzenhotels mit allem Komfort oder einfache Quartiere?
- Vollpension oder Selbstversorgung usw.?

Offenbar haben die Argumente für einen Nationalpark auch bereits in den Augen der Politiker etwas für sich, denn über Betreiben der Kraftwerksgegner wird derzeit ein landschaftsökologisches Gutachten ausgearbeitet. Es ist zu hoffen, daß dieses vom Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz in Graz erstellte Gutachten, das bis Ende 1983 vorliegen wird, die politische Entscheidung über die Zukunft des Reichraminger Hintergebirges erleichtern wird.

Es geht letztlich um die Frage, ob uns Österreichern das Angebot an elektrischem Strom um ganze 0,25% erhöht werden soll oder ob einer der letzten großen Naturräume durch Speicherkraftwerke stark entwertet wird. Natur aus erster Hand ist unersetzlich und unwiederbringlich.

**Ausführlicher informiert über den Nationalpark eine 12seitige Broschüre der Bürger für Nationalpark Hintergebirge.**

# Freundschaft, die mehr meint

## Der hl. Valentin († um 280)

Im Heiligenkalender der römischen Kirche gibt es eine Reihe von Männern und Frauen, deren Lebensgeschichte fast ganz im Dunkeln liegt. Um ihren Tod aber haben sich Legenden gewoben, die durch die Jahrhunderte herauf nichts an Wirkung verloren haben. Ein bekanntes Beispiel solch lebendiger Legende ist der heilige CHRISTOPHORUS; sein Bild ziert viele Wände, und es sagt in seiner Schlichtheit Wesentliches aus: CHRISTUS soll in die Welt getragen werden, auch durch stürmische Gezeiten und Zeiten hindurch; (sicher ließe sich auch die Christophorus-Legende in den politischen Alltag hineinbringen!). Hier soll ein Heiliger besprochen werden, über den man noch weniger weiß als über Christophorus: der heilige VALENTIN.

Auch wenn seine Lebensgeschichte im Verborgenen liegt, so ist doch seine Wirkgeschichte von Interesse.

Der 14. Februar ist jedem von uns ein Begriff: als Valentinstag; es ist Volksbrauch geworden, daß man an diesem Tag Blumen schenkt. Aber wer weiß den eigent-

lichen Grund dafür? Wir könnten etliche sinnlos gewordene und dem Kommerz zum Opfer gefallene Einrichtungen wieder mit Leben und Idee versehen, wenn wir ihnen mehr auf den Grund gehen würden. Dann verstehen wir wieder besser die Spuren religiöser Zeichen; welche liegen im Valentinstag verborgen?

Die Kirche feiert an diesem Tag das Gedenken an einen Bischof Valentinus (aus Terni in Italien), der um 280 in Rom den Martyrertod erlitt. Schon früh wird eine besondere Verehrung dieses Mannes erwähnt; aber wir wissen über ihn nichts Weiteres und Gesichertes; auch seine Begräbnisstätte wird in Zweifel gezogen. Über sein Leben ist also nichts überliefert; aber wir wissen um sein Fortleben in der christlichen Verehrung:

Valentin wurde als Beschützer der Liebenden angesehen (in der Deutung der Tradition spielt vielleicht ein Natur-Kult mit, weil sich angeblich ab dem 14. Februar die Vögel zu paaren beginnen).

Als besonderes Patronat des Valentin galt seine Hilfe für die an der „hinfälligen Krankheit“ Leidenden; seine Fürsprache wurde für die Ohnmächtigen angerufen. Der 14. Februar wurde im mittelalterlichen Volksbrauch zum Tag der Freundschaft; und da begann man, sich an diesem Tag Blumen zu schenken...

Das ist also die Wurzel des Valentinsbrauches; wäre es nicht angebracht, zu fragen, ob einem solchen Brauch nicht ein neuer, bewußterer Sinn abzugewinnen wäre?

„Freundschaft“ ist ja für einen großen Teil (sozialistischer/nicht kirchlich gebundener) Menschen zu einer politischen Grußformel geworden. Welche Rolle spielt Freundschaft aber wirklich im politischen Bewußtsein und in unserer öffentlichen Daseinsgestaltung? Gibt es noch die aus früheren Zeiten her bekannte „dicke Freundschaft“, oder ist alles miteinander bestimmt von diplomatischem Kalkül?

Die Heilige Schrift übermittelt uns einige markante Beispiele von tiefer Freundschaft

(etwa zwischen David und Jonathan, zwischen Jesus und seinen Jüngern).

Aus dem Alten Testament ist uns eine bündige Formel für Freundschaft berichtet: Ruth (1,16) begleitet ihre Schwiegermutter Noemi mit dem Versprechen: "...wohin du gehst, dahin geh auch ich; wo du bleibst, da bleibe auch ich. Dein Volk ist mein Volk und dein Gott ist mein Gott. Wo du stirbst, da sterbe auch ich..."

Eine solche Aussage könnte doch auch Bedeutung haben für das Zusammenhelfen im politischen Alltag und in den öffentlichen Auseinandersetzungen.

Ein Sprichwort sagt: „Echte Freundschaft ist nicht harmlos“; das müßte auch das Zusammenleben in unserer Zeit gelten.

Wäre es nicht ein Programm für Christen, wenn sie sich der Freundschaft zu den Ohnmächtigen bewußter wären, wenn sie anläßlich des Valentins-Gedenkens daran dächten, daß die am Rand Stehenden und Gefallenen nicht vergessen werden dürfen...?

Ein wenig mehr „Kultur der Freundschaft“ aus christlicher Motivation und Tradition heraus wäre wohl kein unbedeutender Beitrag zu einem besseren öffentlichen Klima.

Der hl. Valentin war wahrscheinlich von solchem Geist geprägt, wenn seine Freundschaft zu Jesus (und offensichtlich auch zu seinen Mitmenschen) bis zur Verwirklichung des Satzes reichte: „Wohin du gehst, dahin geh auch ich...“

Ferdinand Reisinger

## Friedensausstellung

31. 10. – 6. 11. 1983 Alberndorf  
9. – 12. 12. 1983 Gmunden

## Buchangebot

**Erzbischof Raymond G. Hunthausen, Herwig Büchele, Raymund Schwager WIDER DIE TÖDLICHE SICHERHEIT Glaube setzt den ersten Schritt zur Abrüstung. Hrsg. von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Wien 1983, 87 Seiten, S 20,-, ab 10 Stück Rabatt.**

Raymond G. Hunthausen, Erzbischof von Seattle an der amerikanischen Westküste, setzt sich kompromißlos für Frieden und Abrüstung ein. Er wurde international bekannt, als er dafür eintrat, aus Protest gegen die Atomrüstung seines Landes einen Teil der Steuern zu verweigern. Die Ansprachen und Hirtenbriefe Hunthausens, vollständig bis März 1983 in deutscher Sprache enthalten, geben Zeugnis, aus welchen Wurzeln und aufgrund welcher äußerer Herausforderungen sich die Einstellung dieses „Propheten“ entwickelt hat. Die Broschüre wird ergänzt durch die Überlegungen von H. Büchele und R. Schwager zu moraltheologischen Fragen des Rüstungswettlaufs. Die Schrift, die von der Annahme ausgeht, daß es nur einen Ausweg gibt: selbst beginnen mit der Abrüstung, lädt ein zu persönlicher Auseinandersetzung mit den Fragen von Rüstung und Frieden.

## TERMINE: Soziale Seminare

### 14. September 1983, 19 Uhr:

Vorbereitung für einen Aufbaukurs für Frauen im Sommer 1984. Interessierte Teilnehmerinnen der Sozialen Seminare sind eingeladen. Haus der Frau, Linz.

### 16. bis 18. September 1983

Wochenende für Teilnehmerinnen der Sozialen Seminare mit Heinz und Helga Wieser. Selbstversorgerhütte Hohenau bei Grünau.

### 17. bis 18. September 1983

Einführungswochenende zum Ausbildungskurs für Leiterinnen von Hausfrauenseminaren „Selbstbewußtsein kann man lernen“.

Leitung: Maria Madlener, Gusti Reichl. Betriebsseminar Linz.

### 22. September 1983, 20 Uhr

Beginn des Sozialen Seminars Oberes Mühlviertel, Vereinshaus Aigen. Leitungsteam: Martha Gruber, Lore Kniewasser, Christl Natschläger, Maria Pröll.

### 24. September 1983, ganztägig

Seminar für Leiter(innen) von Sozialen Seminaren.

### 26. bis 30. September 1983

Ausbildungswochenende für Leiterinnen von Hausfrauenseminaren „Selbstbewußtsein kann man lernen“.

Leitung: Maria Madlener, Gusti Reichl. Betriebsseminar Linz.

### 29. September 1983, 8.30 Uhr

Soziales Seminar (15 Vormittage) Leitung: Martha Fartacek. Haus der Frau, Linz.

### 29. September 1983, 19.30 Uhr

Gesprächsabend über betriebliche Selbstverwaltung. Referent: Mag. Karl Zehetner. Betriebsseminar, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz.

### 1. Oktober 1983, 7 bis 19 Uhr

Sozialkundliche Exkursion zur „Waldviertler Holzwerkstatt“ in Göpfritz/NÖ. Anmeldung bis 26. September 1983 an das Sozialreferat. Preis S 180,-.

(Anfragen: Sozialreferat, Anmeldung unbedingt erforderlich)

- ab 22. 9. 1983 11 Abende und 1 Nachmittag, Aigen i. M.  
Leitungsteam: Martha Gruber, Lore Kniewasser, Christl Natschläger, Maria Pröll.
- ab 29. 9. 1983 15 Vormittage, Haus der Frau, Linz.  
Leitung: Martha Fartacek.
- ab 3. 10. 1983 14täglich Vormittagsseminar zu FRAU UND KIRCHE. Haus der Frau.
- ab 5. 10. 1983 Soziales Seminar zu Umweltfragen. „Was machen wir aus unserer Erde?“ 7 Abende. Leitung: Inge Holzbauer.  
Haus der Frau, Linz.
- ab 6. 10. 1983 Geschlossener Kurs für Mitarbeiter(innen) im Krankenhaus Wels.  
Leitung: Inge Schmidle und Marianne Humer.
- ab 17. 10. 1983 11 Abende und 1 Samstag, Braunau. Leitung: Johann Aichberger.
- ab 17. 10. 1983 15 Abende, Freistadt.  
Leitung: Erni Klaner.
- ab 17. 10. 1983 15 Abende, Schwertberg.  
Leitung: Gabriele Lemoch.
- ab 3. 11. 1983 15 Vormittage, Treffpunkt der Frau, Wels. Leitung: Christine Astecker.

Das 14tägige Soziale Seminar für Frauen, veranstaltet von der Kath. Sozialakademie Österreichs, unter der Leitung von Frau Dr. Lieselotte Wohlgenannt, besuchten 1983 folgende Oberösterreicherinnen:

Hermine FORSTERPOINTNER, Micheldorf; Rosemarie GRASBÖCK, Schenkenfelden; Maria ORTMAYR, Grieskirchen; Barbara POSTLMAYR, Schenkenfelden; Hildegard STOCKINGER, Linz; Christine WINKLEHNER, Grünbach (Mai); Christine BERGER, Micheldorf; Edith HOLZBAUER, Linz; Veronika MAIRHOFER, Linz; Rosmarie SOMPEK, Bad Schallerbach, Anna ZÖSCHER, Linz (Juli).

## In eigener Sache

- Dieser Nummer liegt ein Erlagschein bei mit der Bitte, die Herausgabe von „Interesse“ durch einen Beitrag für die Druckkosten zu unterstützen. Der Selbstkostenpreis für 4 Nummern (1 Jahr) beträgt S 20,-. Danke!
- Wenn Sie eine neue Adresse haben, ersuchen wir Sie, uns diese mit beiliegender Karte (Rückseite der Bestellkarte) oder telefonisch (0 73 2/27 44 41 Durchwahl 62) bekanntzugeben.

Inhaber: Diözese Linz (Alleininhaber). Kommunikationsorgan des Sozialreferates. Herausgeber, Redaktion: Pastoralamt der Diözese Linz, Sozialreferat, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz. Hersteller: Fidelis-Druckerei, Linz. Verlags- und Herstellungsort: Linz.

Verlagspostamt 4020 Linz/Erscheinungsort Linz

P. b. b.

Sozialreferat des Pastoralamtes der Diözese Linz wegen Parteinahme für den Naturschutz attackiert.

# Dürfen wir alles tun, was machbar ist?

Heftige Reaktionen löste eine Presseaussendung des Sozialreferates der Diözese Linz aus, in der dieses den Plan unterstützt, im Reichraminger Hintergebirge einen Nationalpark zu errichten. Einer Zukunft „Nationalpark Hintergebirge“ steht aber das seit einigen Monaten bekannte Vorhaben der E-Wirtschaft entgegen, dort ein Speicher-Kraftwerk zu errichten. (Die LKZ berichtete darüber in Nr. 7 vom 13. Februar d. J.)

Für einen Nationalpark im Reichraminger Hintergebirge engagiert sich die „Basisgruppe Hintergebirge“. Deren Forderungen „Statt kurzfristiger Arbeitsplätze durch lärmenden Kraftwerksbau langfristige Belegung der Region“ und Schutz natürlicher Lebensräume wurde bisher von über 30 Gruppen und Organisationen unterstützt. Sie schlossen sich der Initiative an. So auch der „Arbeitskreis Ökologie des Sozialreferates im Pastoralamt der Diözese Linz“. In der Presseaussendung des Sozialreferates vom 6. Juni heißt es dazu unter anderem: „Bekanntlich möchte die Elektrizitätswirtschaft im Kernstück des geplanten Naturschutzgebietes ein Speicherkraftwerk errichten, dessen wirtschaftliche Notwendigkeit umstrit-

ten ist und dessen Verwirklichung beträchtliche Schäden für die Natur- und Erholungslandschaft und negative Folgen für die Bevölkerung des Gebietes nach sich ziehen würde. Die Bezirkskonferenz der FCG-Funktionäre der Stadt Steyr vom 8. Juni reagierte auf diese Stellungnahme mit einer Resolution: „Die am heutigen Tage versammelten Funktionäre legen schärfsten Protest gegen die Einmischung von kirchlichen Institutionen in Auseinandersetzungen beim Kraftwerksprojekt Reichramingbach ein... In der heutigen Zeit, wo es an allen Ecken an Arbeitsplätzen, insbesondere auch für die Jugend, mangelt, darf nicht durch unüberlegte Äußerungen die finanzielle Existenz von Mit-



Schluchten werden überstaut, wenn das Speicherkraftwerk kommt.

Foto: Gutbrunner

menschen aufs Spiel gesetzt werden. Sollten kirchliche Institutionen weiterhin in dieser Richtung agieren, müßten ernsthafte Bedenken angemeldet werden.“ Auch andere Politiker und Betriebsräte meldeten sich zu Wort. Und protestierten bei Bischof Maximilian und Pastoralamtsdirektor Msgr. Wiener. In einer weiteren

Aussendung wies daraufhin das Sozialreferat am 10. Juni auf die Verantwortung hin, „die heute jene tragen, die z. B. durch Kraftwerksbau Weichen für die Zukunft stellen.“

Es ist die sozialethische Frage zu stellen, ob wir alles tun dürfen, was technisch machbar ist.“

Das Reichraminger Hintergebirge konnte schon einmal vor dem Zugriff der modernen Technik gerettet werden; Als ein geplanter Kanonenschießplatz der VOEST verhindert wurde (1982). Die Umweltschützer, die für die Erhaltung der natürlichen Landschaft im Reichraminger Hintergebirge eintreten, weisen dabei immer wieder auf folgende Merkmale des Gebietes hin:

- Es ist das größte zusammenhängende geschlossene Waldgebiet Oberösterreichs.

- Es ist eine reichhaltige Landschaft mit tiefen Schluchten.

- Der Reichramingbach (er würde aufgestaut) ist der letzte Bach dieser Größenordnung in Oberösterreich, der keinen direkten umweltschädigenden Einflüssen ausgesetzt ist. Er hat von der Quelle bis zur Mündung Trinkwasserqualität.

- Viele seltene Tierarten haben im Hintergebirge ihren Lebensraum.

Stauseen, fürchten nun die Umweltschützer, werden einige Bachbette austrocknen, durch Spiegelschwankungen von bis zu 50 Metern die Landschaft für viele Pflanzen und Tiere „unbewohnbar“ machen, Naturbadeplätze vernichten, das Landschaftsbild zerstören... Ernst Gansinger

Dokumentarfilm zum Thema Drogen ab 24. Juni in Linz

## Ich wollte leben

Im Schluß zeigt das Linzer Lifka-Kino einen Dokumentarfilm des Grazer Ehepaars Ruth und Alfred Ninas zum Thema Drogen. Der über 90

Minuten dauernde Film spielt in der Österreichischen Alkoholismus- und Rauschgiftszene. Um eine Spielhandlung – Klaus lebt in einer Familie, wo die Eltern sich nichts mehr zu sagen haben; der Sohn ist entwürzelt und kommt mit seinem Leben nicht zurecht, ist auf der Flucht vor der Schule, den Eltern und vor sich selbst – ranken sich Interviews mit Ärzten, Drogentherapeuten, Politikern, Musikern und Straßenpassanten. Der Zuschauer erhält Informationen über Therapiestationen,

Einzelschicksale und Fakten zur Drogenproblematik. Manchmal liefert der Film traumhaft schöne Bilder. So wichtig der Film ist – wegen seines Themas – so sehr weist er auch Schwächen auf, indem man meines Erachtens einfach zuviel an Information vermittelt und indem es ihm kaum gelingt, Betroffenheit zu erzeugen. Wenn ich einmal Interesse, z. B. für einen Alkoholiker entwickelte, wurde die Information auch schon abgebrochen und eine neue kam. Insofern ist er ein Sequenzfilm: Verschiedenartigste Themen und Informationen werden aneinandergereiht. In einer Fülle, daß man am Ende des Films nicht mehr weiß, was am Anfang war.

Ich habe mich auch gefragt, für wen der Film gemacht ist. Ich bezweifle, daß Jugendliche soviel „Sitzfleisch“ haben, die 90 Minuten durchzuhalten – gerade jene Gruppe, die am häufigsten ins Kino geht. Bleiben damit Pädagogen, Eltern, Lehrer – für die wäre der Film wichtig.

Ärgerlich und unnötig ist jene Szene am Schluß, in der eine christologisch angehauchte Landkommune vorgestellt wird. Gleichsam als eine Lösung für die Drogenprobleme? Eine allzu einfache und vordergründige Lösung, wie mir scheint. (Ab 24. Juni im Lifka-Kino in Linz).

Heinz Stricker



DIREKTOR  
DIPL.-ING. FRANZ EILMANSBERGER  
Mitglied des Vorstandes  
der  
Ennskraftwerke Aktiengesellschaft

A-4400 STEYR, 1983-09-20  
Resthofstraße 2

An den  
Hochwürdigsten  
Herrn Diözesanbischof  
Maximilian Aichern  
Bischöfliches Ordinariat  
Bischofshof  
Herrenstraße 19  
4020 L i n z

ZUR INFORMATION

Hochwürdigster Herr Bischof!

In der Publikationsschrift "Interesse" (Soziale Information 1983/3) des Pastoralamtes der Diözese Linz ist wiederum unter der Überschrift "Die grüne Ecke" ein Artikel erschienen, der in sehr einseitiger und geradezu demagogischer Form das Kraftwerksprojekt Reichraming abwertet.

Wenn einerseits von Kraftwerksgegnern ein Nationapark proklamiert wird und unsererseits das Kraftwerksprojekt betrieben wird, so ist das Ziel, Menschen das Hintergebirge für Erholungszwecke zu eröffnen, ein gemeinsames. Die Erschließung durch einen Nationalpark würde keine andere sein als die durch das Kraftwerksprojekt und die Besucher wären ebenfalls dieselben.

Wenn in der genannten Schrift also gefragt wird: "Hektischer Wirbel oder Einsamkeit und Stille?", so ist das einfach eine Entstellung der Tatsachen. Noch dazu wo man ja behauptet, daß durch das Kraftwerksprojekt die Gegend zerstört würde und damit das Hintergebirge für Erholungszwecke nicht mehr verwendet werden könnte. Wo entsteht da ein "hektischer Wirbel?". Andere Feststellungen dieser Schrift sind nicht anders zu bewerten.

Sehr geehrter Herr Bischof, in Ihrem Schreiben vom 6.7.1983 führen Sie an, daß die Aussendung, welche damals gemacht wurde, ohne Ihr Wissen erfolgte und nicht im Auftrag der Diözese geschah. Darf ich fragen, ob die neuerliche Aussendung wieder ohne Ihr

Wissen geschah? Ich erlaube mir, auf Ihre Ansprache anlässlich der Kraftwerkseröffnung Traun-Pucking hinzuweisen, wo Sie sagten: "Schon im ersten Buch Mose steht das markante Wort an die Menschen: 'Macht die Erde euch untertan', und so haben die Menschen zu allen Zeiten mit Geist und Händen Fortschritt geschaffen, zu ihrem eigenen Nutzen im Auftrag Gottes. Nicht anders ist es im Heute."

Wir bemühen uns, danach zu handeln und das mit der größten Gewissenhaftigkeit. Es ist unverständlich, wenn eine kirchliche Stelle entgegen allen kirchlichen Richtlinien eine Sache verurteilt, bevor sie den wahren Sachverhalt kennt.

Wir ersuchen daher höflichst, beim Pastoralamt zu erwirken, daß auch unsere Argumente ihren Niederschlag in einer Pastoralaussendung finden und erlauben uns, dazu eine Broschüre zu übermitteln, in welcher gerade zu jenen Punkten sehr ausführlich Stellung bezogen wird, die in der genannten Aussendung des Pastoralamtes stark verzeichnet dargestellt werden.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

zeichnet

*Dr. Peter Engelmann Traunau*  
7/61

Anlage:

2. Projektsinformation

Die "Grüne Ecke" im Interesse 1983/3 greift das Thema "Reichraminger Hintergebirge - Meilenstein für die Energiepolitik" auf. Aus der Sicht der Befürworter für einen Nationalpark Hintergebirge legt Dipl.-Ing. F. Witzany die Verzüge eines Nationalparks dar: eines der letzten Naturreservate zu erhalten, anstelle es einem "Fortschritt" zu opfern, der bereits von einer wachsenden Zahl von Menschen in Frage gestellt wird; Nationalpark als zukunftsträchtiges Dienstleistungsunternehmen, das der Region langfristig eine Belebung bringen könnte. Ein Nebeneinander von Kraftwerk und Naturpark kann es nicht geben: Dies entspräche einem Tourismus, der Natur als Konsumgut betrachtet. Heute suchen aber immer mehr Menschen etwas anderes, das sie in naturnahen Räumen finden können, jenseits von geplanter Erholungslandschaft, Komfort-hotels, usw. In diesem Punkt unterscheidet sich die in der "Grünen Ecke" vertretene Meinung von den Befürwortern des Kraftwerkprojektes.

Wir möchten den Vorwurf einer demagogischen Abwertung des Kraftwerkprojektes daher zurückweisen. Die Alternative "hektischer Wirbel oder Einsamkeit und Stille" kennzeichnet 2 Extrempositionen, ist aber keineswegs eine Entstellung der Tatsachen. Auch wenn man den Ennskraftwerken nicht von vornherein unterstellt, "hektischen Wirbel" ins Hintergebirge bringen zu wollen, kann aber nicht von der Hand gewiesen werden, daß bestehende Speicherprojekte oftmals zum Tummelplatz für "Naturkonsumenten" geworden sind. Selbstverständlich werden die künstlichen Seen gerade in Werbeschriften der E-Wirtschaft von ihrer besten Seite dargestellt, der Besucher findet aber eine andere Realität vor: anstelle eines reinen Bergsees ein verschlammtes Gewässer, anstelle einsamer Bergpfade asphaltierte Zufahrtsstraßen und abgasverseuchte Parkplätze.

"Macht euch die Erde untertan" kann kein Auftrag sein, Eingriffe überall vorzunehmen und auch die letzten naturnahen Lebensräume in geplante Landschaften zu verwandeln.

In einer demokratischen Gesellschaft müssen verschiedene Gruppen das Recht haben, sich in der Diskussion um Projekte, die Weichen für die Zukunft stellen, zu Wort zu melden und ihre Meinung einzubringen. Auch innerhalb der Kirche muß die Möglichkeit bestehen, verschiedene Meinungen zu vertreten und in fairer Weise zu diskutieren. Es scheint uns daher unverständlich, daß man erwartet, durch "Anordnung von oben" könnte Meinungsäußerung unterbunden und die Meinung einer Gruppe als "wahrer Sachverhalt" hingestellt werden.

Zur 2. Projektinformation der Kraftwerksgruppe Reichraming muß gesagt werden, daß diese Informationen eine Seite, nicht die ganze Wahrheit darstellen.

12. 10. 1983

Edeltraud Buchberger eh.

Gegen forcierten Wasserkraftwerksbau

*Dafür aber: Sparmöglichkeiten ausschöpfen, alternative Formen der Energiegewinnung ernsthaft beachten - Landschaftsverluste bei Wasserkraftwerken sind unwiederbringlich, Umweltbelastung durch Wärmekraftwerke ließe sich technisch eindämmen*

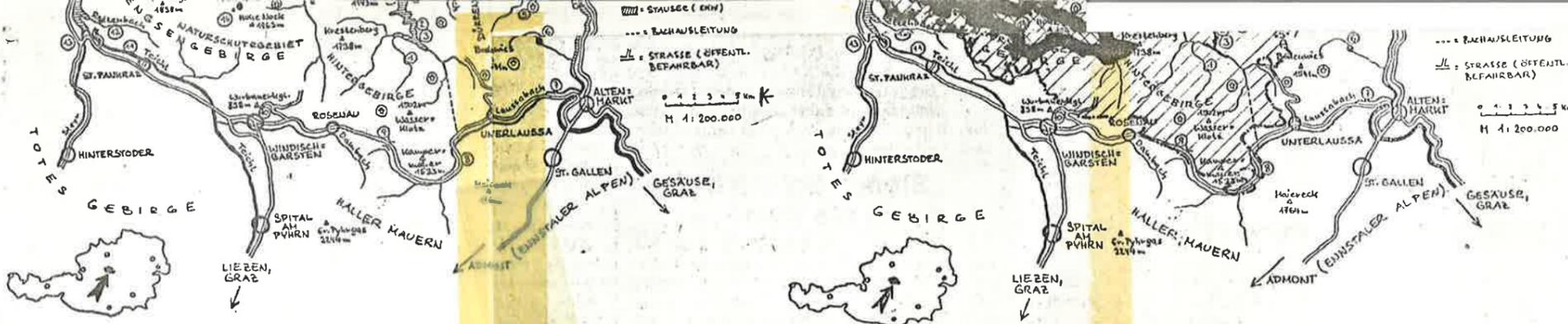
LINZ (ndl). Nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sei es unangebracht, den weiteren Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung zu forcieren. Dies stellt der Arbeitskreis Ökologie des Sozialreferates im Pastoralamt der Diözese Linz in einer Stellungnahme zur aktuellen Energiediskussion in Österreich fest. Als Gründe dafür werden genannt:

- die dem Ausbau zugrundegelegten Schätzwerte des künftigen Stromverbrauchs wurden in der Realität bisher wesentlich unterschritten,
- vorhandene Einsparungsmöglichkeiten sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft und
- alternative Formen der Elektrizitätsgewinnung wurden bisher eher als Randerscheinung abgetan und fanden entsprechend wenig ernsthafte Beachtung.

An die Konsumenten appelliert der Arbeitskreis, verantwortungsbewußt mit elektrischer Energie umzugehen. Ebenso sollten auch die Elektroversorgungsunternehmen das Sparverhalten der Bevölkerung unterstützen und nicht durch versteckte Werbung zum vermehrten Stromverbrauch anregen. "Äußerste Vorsicht" sollte die E-Wirtschaft, so der Arbeitskreis in seiner Stellungnahme, beim Bau großtechnischer Wasserkraftwerke walten lassen.

Die Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung war schon bisher zwangsläufig mit erheblichen Verlusten an naturnahen Landschaften in den Staubeichen verbunden, heißt es in der Stellungnahme. Durch eine weitere Ausschöpfung des Wasserkraftpotentials würden aber zusehends stärker ökologisch wertvolle und ästhetisch einzigartige Landschaftsräume unwiederbringlich geopfert. Der Ökologie-Arbeitskreis des Sozialreferates verweist in der Stellungnahme aber auch auf die Problematik von Wärmekraftwerken, die sich in der enormen

Luftverschmutzung und der Wärmebelastung nahegelegener Flüsse durch eingeleitete Kühlwässer äußert. "Während allerdings die Landschaftsverluste bei Stromerzeugung aus Wasserkraft nicht mehr rückgängig zu machen sind, lassen sich die von kalorischen Anlagen ausgehenden Umweltbelastungen bei entsprechender Technik wirksam hintanhaltend", meint der Ökologie-Arbeitskreis. Und: "Die Elektrizitätswirtschaft könnte einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung des Waldsterbens leisten, wenn sie alle kalorischen Kraftwerke mit Abgaseinrichtungen ausstatten würde".



Diese Planskizze wird von den Gegnern des Reichraminger Kraftwerkes verteilt. Sie erweckt den Eindruck, daß man mitten in den Naturpark Hintergebirge hineinbauen und dort riesige Seeflächen anlegen will. Der Betrachter muß zwangsläufig zum Schluß kommen, daß die E-Wirtschaft hier eine ungeheure Schweinerei plant.

Und so sieht's wirklich aus: Die Kernzone des Naturparks liegt westlich vom geplanten E-Werk, die Aufstauung am Rande der Vorzone. Die Wasserfläche ist maßstabgerecht eingetragen und verliert ihre überdimensionalen Schrecken. Das Hintergebirge rückt für Wanderer näher. Darüber sollte man reden.

Vollheft 17.6.83

## Naturschutz gegen Umweltschutz?

### Der saure Regen bekommt gar kirchlichen Segen – Linzer Diözesanhaus als Plattform für Kraftwerk-Stürmer – Machen wir's wie in Niederösterreich!

Die Aussendung hat nicht nur in der E-Wirtschaft Staub aufgewirbelt, sondern auch bei all jenen Menschen, die sich wegen der Vernichtung unserer Wälder durch den sogenannten sauren Regen Sorgen machen. Denn der Diözesanpressdienst kündigte für heute ein Treffen der „Aktionsgemeinschaft Reichraminger Hintergebirge“ mit Vertretern der Bürgerinitiative „Rettet das Kamptal“ zwecks Erfahrungsaustausch an. Einladend laut Pressenaussendung ist „die Diözese Linz“, Ort der Konspiration ist das Diözesanhaus. Auch der Grund für das seitens Treffen wird forsch und

Von Peter Klar

apodiktisch kundgetan: „Das Projekt im Reichraminger Hintergebirge ist ein Parallelfall zum Tauziehen um die weiße Kohle aus dem Waldviertel. „Eine starke und überlegt handelnde Bürgerinitiative hat den Ausbau von zwei Stauslufen am Großen Kamp verhindert.“ Und: „Was für Niederösterreich recht, müßte für Oberösterreich billig sein,“ argumentiert man sehr billig, aber keineswegs recht. Man weiß bereits, was über Auftrag von Landeshauptmann Josef Ratzenböck und Naturschutzreferent Leo Habringer der Grazer Universitätsprofessor Wolking er den Preis von 300.000 Schilling erst bis zum Herbst herausfinden soll und keineswegs unumstritten ist: „Bekanntlich möchte die Elektrizitätswirtschaft im Kernstück des geplanten Naturschutzgebietes im Hintergebirge ein Speicherkraftwerk errichten, dessen wirtschaftliche Notwendigkeit umstritten ist und dessen Verwirklichung beträchtliche

Schäden für die Natur- und Erholungslandschaft und negative Folgen für die Bevölkerung des Gebietes nach sich ziehen würde.“ weiß der Verfasser dieses Satzes, der sich somit als Naturschutz-, Energie-, Wirtschafts-, Arbeitsplatz- und Freizeitexperte in einer Person präsentiert. Wie vernagelt müssen doch unsere Universitäten sein, daß sie diesen Mann ohne ein halbes Dutzend Ehrendoktorate und Gastdozenturen herumlaufen lassen! Der Plan, im Reichraminger Hintergebirge eine E-Kraftwerksgruppe zu errichten, geht auf den bekannten Ölschock der Mittsiebziger-Jahre zurück. 1975 wurde das Kraftwerk Klaus in Betrieb genommen. Auf den bereits projektierten Bau eines Kraftwerkes bei Molln verzichtete man. Damals schien es, daß aus Zwettendorf bald elektrischer Strom aus der Kernspaltung gewonnen werden könne. Doch diese Rechnung ging bekannter- und glücklicherweise nicht auf. Ölschock und Atomverbannung ließen uns wieder lieb gewinnen, worauf wir vorher verzichten zu können glaubten: Wasser, Gas und Kohle. Vom „sauren Regen“ war damals noch nicht die Rede. Man kannte diese Gefahr für unsere Wälder (noch) nicht oder verkannte sie zumindest. Zurück zur Kohle, hieß also die Parole. Und allenthalben plante und errichtete man Wärmekraftwerke auf Kohlebasis. Unten heizt man, in der Mitte macht man Dampf und Strom, und oben läßt man's rausrauchen. Alles nach bestem Wissen und Gewissen. Das Gewissen blieb gleich gut, blieb gleich schlecht. Doch der Pegel des Wissensstandes ist inzwischen gestiegen. Und da-

Bischof Maximilian Aichern distanziert sich gütig: Die Aussendung des Pressedienstes der Diözese Linz vom 7. Juni stehe nicht unter seiner direkten Verantwortung. Wenn darin zur Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des geplanten E-Kraftwerkes Reichraming zugunsten der Gegner Stellung bezogen werde, dann sei dies Sache des Sozialreferats. Und dieses unterstehe dem Pastoralamt. Erst dieses Amt unterstehe ihm unmittelbar. Man möge daher nicht ihm, dem Bischof, Vorhalte machen, sondern in erster Linie dem Leiter des Sozialreferats, in zweiter vielleicht dem Chef des Pastoralamtes, nicht aber dem Bischof selbst.

mit auch das Wissen um das Schwefeldioxid, das beim Verheizen von Kohle durch den Schlot in die Luft abgelassen wird. Man erkannte die große Gefahr für eine gesunde Umwelt, die das in die Luft geblasene Schwefeldioxid in sich birgt.

Also muß man für die „Entschwefelung“ sorgen. Das hat aber auch seine Haken. Eine totale Entschwefelung ist nämlich technisch und finanziell nur sehr schwer oder überhaupt nicht möglich.

Folgerichtig kehrt man wieder zum umweltfreundlichsten Primärenergieträger zurück, zum guten Wasser.

Und da kam man auch auf die gar nicht so schlechte Idee, jene Kräfte zu nutzen, die im Reichramingbach schlummern. Das Reichraminger Hintergebirge war lange Zeit den meisten Menschen so gut wie unbekannt. Den wenigen, denen es bekannt ist, ist es allerdings viel wert. Der 1502 Meter hohe Wasserklotz, der 1738 Meter hohe Krestenberg und erst recht die 1963 Meter hoch ragende Hohe Nock stellen Na-

turdenkmäler dar, die vor allem wegen der fehlenden (Gott sei Dank fehlenden!) Verkehrerschließung nicht von Ski- und Halbschuhtouristen überschwemmt sind.

Und mit Recht stellen sich die Naturschützer vor diese Berge und achten bitzlig darauf, daß ihnen nichts geschieht.

Doch es soll ihnen ja auch nichts geschehen. Denn die projektierte Kraftwerksgruppe liegt keineswegs in der Kernzone des Naturparks rund um die Hohe Nock, sondern am Rande der Vorzone zu diesem Naturpark. Durch Aufstauung des Wassers in zwei Stufen könnte jene Energie gespeichert werden, die man braucht, um so viel elektrischen Strom zu erzeugen, den man sonst nur dann zur Verfügung hätte, wenn man um jährlich 80 Millionen Schilling Erdöl einkauft. Oder anders herum gesagt: Wer partout gegen diese Kraftwerksgruppe ist, der muß es verantworten, daß um 80 Millionen jährlich Schwefeldioxid in die Luft geblasen und als saurer Regen auf die Wälder gegossen wird. Das ist das eigentliche Dilem-

ma: Naturschutz kontra Umweltschutz. Die größten Luftvergifter der E-Wirtschaft sind derzeit die Kraftwerke Zeltweg mit täglich 74 Tonnen Ausstoß von Schwefeldioxid, Korneuburg mit 69 Tonnen, Voitsberg mit 52 Tonnen, St. Andrä mit 44 Tonnen, Wien-Simmering mit ebenfalls 44, Wien-Donaustadt mit 42 und die Hütte Linz mit 25 Tonnentonne.

Wir können diese Luftvergifter nur dann unter Kontrolle bringen oder gar auf ihre Dienste verzichten, wenn wir nicht umgekehrt aus – sicher sehr ernst und überlegt gemeinten – Gründen des Naturschutzes auf die Nutzung der in Österreich glücklicherweise noch vorhandenen Wasserkraft verzichten. Der gute Wille soll dem Großteil der Naturschutzanhänger gar nicht abgestritten werden. Und man sollte auch die Verdienste der Naturschützer nicht gering achten. Denn ohne ihren Einsatz, ohne ihr Engagement, ohne ihre Lästigkeit (wenn man so sagen darf) würde sich die E-Wirtschaft kaum um all jene Begleitmaßnahmen kümmern, zu denen sie heute unter dem Druck der mobilisierten öffentlichen Meinung gezwungen ist. Was traurig – oder je nach Temperament: zornig – stimmt, ist die manipulative Tatsachenvorfälschung, mit der so mancher Naturschützer Stimmung macht. Falsche Planskizzen, Milchmädchenrechnungen und vor allem engstirnige Einseitigkeit in der Information helfen nicht, Probleme zu lösen, sondern reizen die Emotionen. Auch die E-Wirtschaft gibt zu, daß der Bau von Speicherkraftwerken mit ihren hohen und (von unten betrachtet:) unerschönen Staumauern unübersehbare Eingriffe in die Landschaft notwendig machen. Ein

Eingriff in die Landschaft sind aber auch der Bau von Straßen, die Errichtung von Wohnhäusern, die Ausdehnung der Städte.

Es kommt immer noch darauf an, wie man etwas macht. Zweifellos wird also auch der Bau der Reichraminger Kraftwerke den Rand des Naturparks Hintergebirge beeinträchtigen. Er wird aber gleichzeitig Arbeitsplätze in einem Gebiet schaffen, wo Arbeitsplätze Mangelware sind, wird eine bislang fast unbekannte Erholungslandschaft erschließen und neue Attraktionen schaffen, die man im Nahraum von Linz und Steyr sonst nirgends findet.

Es ist gut, daß es über dieses Projekt eine lebhaftere Diskussion gibt. Besser noch wäre es, wenn sich Befürworter und Gegner nicht auseinanderzusetzen, sondern zusammenfänden. Keinesfalls gutheißen kann man es jedoch, wenn im kirchlichen Raum Stimmungen angeheizt und Feindbilder geschaffen und verhärten werden. Und wenn man vorurteilhaft verurteilt. Das hat weder mit „Kirche“ etwas zu tun, noch mit „sozial“ oder gar Sozialreferat.

Schade um den vielen guten Willen, der da investiert wurde, um die Menschen gegeneinander zu hetzen!

Aber vielleicht sind diese Sorgen unbegründet. Vielleicht stellt man sich heute abend im Linzer Diözesanhaus wirklich und ernst die Frage, ob und wie zwischen dem notwendigen Umweltschutz und dem sicher ebenso notwendigen Naturschutz ein Kompromiß gefunden werden kann, der dem nützt, für den Umwelt- und Naturschutz da sind: dem Menschen.